

ABM als Konkurrenz für Handwerk und Gewerbe?

Von der Quartalsversammlung des Wirtschaftsfördervereins

In dieser Woche waren auch die Mitglieder des Wirtschaftsfördervereins Oder-Spree in Beeskow zu ihrer Quartalsversammlung zusammengekommen. Als Gäste waren mit dabei Vertreter der Industrie- und Handelskammer aus Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde.

Ein Schwerpunktthema der bis in die späten Abendstunden andauernden Debatte waren die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Obwohl diese als eine politisch sehr dringliche Angelegenheit angesehen werden – es ist weitaus besser, einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen, als arbeitslos zu sein – dürfen ABM keinesfalls zum Konkurrenten für Handwerk und Gewerbe werden. Überall, wo diesbezüglich falsch entschieden wird, gefährdet man Arbeitsplätze, erreicht man eigentlich das Gegenteil von dem, was bezweckt werden soll. Insofern, so stellte der Vorsitzende des Wirtschaftsfördervereins, Heinz Lassowsky, fest, könnten sich, wo seitens des Staates regulierend in den Arbeitsmarkt eingreift, auch Formen des Mißbrauchs entwickeln.

Aus diesem Grunde regt der Verein eine engere Koordinierung mit staatlichen Stellen an.

Zur Sprache während der Quartalsversammlung kam auch, daß die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen

durch eine Vielzahl bürokratischer Hindernisse erschwert ist. Schnellere Entscheidungen sind nötig.

Aber andererseits sollten Leute aus der Wirtschaft, die die Nischen am besten kennen, nicht darüber schimpfen, daß dies oder jenes noch nicht vorhanden ist. Sie sollten viel intensiver versuchen, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, für die dann aber auch der Einlauf finanziell abgesichert werden muß, Neues zu erschließen. „Aus vorübergehenden Beschäftigungsgesellschaften“, so Heinz Lassowsky, „könnte dann durchaus etwas Festes und Dauerhaftes hervorgehen.“

Kritikwürdig fanden die Teilnehmer, daß in den Kommunen die Praxis der Ausschreibung mitunter noch mißachtet wird. Hiesige Betriebe haben oft kaum Kenntnis davon, was und wo investiert werden soll. Durch Verkennung dieses Prinzips kämen Betriebe erst gar nicht an Aufträge heran, was wiederum hier, wo es auf die Sicherung der Arbeitsplätze ankommt, zu Existenznöten kommt. Ein entsprechendes Seminar im Kreis war seitens der Kommunen nur ungenügend wahrgenommen worden. Hatte man Scheu vor der Teilnahmegebühr von 90 DM?

S. NÖLTING